

RUMÄNIEN

Gefährlicher Mangel

Etlche rumänische Krankenhäuser schlagen Alarm, weil sie die medizinische Versorgung ihrer Patienten nicht mehr gewährleisten können. Um Außenstände finanzschwacher Krankenhäuser im Gesamtwert von 130 Millionen Euro einzufordern, hatten Arznei- und Sanitärlieferanten des Landes die Versorgung eingestellt. Daraufhin meldeten in der vergangenen Woche die größten Krankenhäuser in Temesvar akuten Mangel an medizinischem Material. Dem Regionalkrankenhaus des Banat, in dem Patienten aus der gesamten Region behandelt werden, fehlt es seither an Infusionen, dem Herzzentrum Temesvar an Nitroglyzerin – ein Stoff, der bei infarktgefährdeten Patienten zum Einsatz kommt –, die Mutter- und Kind-Klinik verfügt nur noch über knappe Reserven an Handschuhen, Spritzen und Watte. Gesundheitsminister Mir-

cea Cintează appellierte eindringlich an die Lieferanten, ihren Boykott aufzugeben und den Finanzstreit nicht länger auf Kosten der Kranken auszutragen. Zugleich sicherte er den Unternehmen zu, einen Teil der Schulden umgehend zu begleichen.

Nun sollen zumindest einige lebensnotwendige Medikamente geliefert werden. Damit allerdings sind die Probleme im rumänischen Gesundheitssystem keineswegs gelöst, vor allem nicht der chronische Finanzmangel: Die Vorgängerregierung unter Adrian Nastase hatte Gelder für diesen Sektor gezielt zweckentfremdet. Außerdem bezah-



WILLI SCHNEIDER / PEOPLE PICTURE

Arzt mit Medikamentenschrank, städtisches Krankenhaus

len von den 20 Millionen Krankenversicherten nur knapp 6 Millionen regelmäßig ihre Beiträge. Die Folge dieser Missstände

IRAN

„Unsere Geduld ist zu Ende“



ASLON ARFA

Mahmud Mohammadi, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik und Nationale Sicherheit des Teheraner Parlaments, über die Zuspitzung des Nuklearkonflikts mit dem Westen

SPIEGEL: Der iranische Chefunterhändler Hassan Rohani wird in Brüssel zu einer neuen Verhandlungsrunde über Teherans Nuklearambitionen erwartet. Sehen Sie noch Chancen für eine Beilegung der Krise?

Mohammadi: Ich unterstütze die Fortführung der Verhandlungen. Aber klar ist auch, dass nach zwei Jahren, in denen wir uns um Vertrauen bemüht haben, eine Lösung gefunden werden muss.

SPIEGEL: Der Westen fühlt sich von Teheran durch falsche Angaben hinters Licht geführt und geht davon aus, dass Iran insgeheim an der Atombombe bastelt.

Mohammadi: Wenn wir Fehler gemacht haben, dann gingen sie auf mangelhafte

technische Angaben oder falsche Formulierungen in Protokollen zurück. Richtig ist, dass der letzte Report der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien die friedlichen Absichten unseres Nuklearprogramms bestätigt hat. Denn wir wollen nicht Atomwaffen bauen, wir streben eine friedliche Nutzung der Kernenergie an. Das darf uns niemand verwehren.

SPIEGEL: Dafür muss Iran das Uran nicht anreichern.

Mohammadi: Das steht uns nach dem Atomwaffensperrvertrag zu. Trotzdem sind wir allen Forderungen der Europäer nachgekommen und haben uns um größtmögliche Transparenz bemüht. Doch die Gegenleistungen sind ausgeblieben.

SPIEGEL: Was werfen Sie den Unterhändlern der Europäischen Union –

Deutschland, Frankreich, Großbritannien – denn vor?

Mohammadi: Europa hat unser Vertrauen ausgenutzt. Nun ist die Geduld des Madschlis, des iranischen Parlaments, mit den Europäern zu Ende. Wir haben mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Regierung zur Fortsetzung ihrer friedlichen Atompolitik auffordert...

SPIEGEL: ... und damit der Regierung Druck macht.

Mohammadi: Wir haben zwei Fraktionen im Parlament, die noch weitergehen wollen. Die eine will die Verhandlungen sofort beenden, die andere fordert sogar die Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrags. Nur noch eine Minderheit will den Verhandlungen eine letzte Chance einräumen.

SPIEGEL: Durch seine starre Haltung riskiert Iran den Bruch mit Europa, das bislang zwischen Teheran und Washington zu vermitteln sucht.

Mohammadi: Worin besteht der Unterschied zwischen Europa und den USA, zwischen Freund und Feind, wenn sich die Europäer dem amerikanischen Druck beugen? Wir fordern nicht mehr als die Gleichbehandlung mit allen übrigen Unterzeichnern des internationalen Atomwaffensperrvertrags.



Atomkraftwerk Buschehr bei Teheran



sind weitverbreitete Korruption und Bestechung im EU-Kandidatenland – so mancher rumänische Arzt operiert grundsätzlich nur gegen Bargeld.

CORNEL BARLEA / PHOTOPOOL

EUROPA

Mehr Gleichheit

Die 732 Abgeordneten des EU-Parlaments sollen künftig einheitlich 7000 Euro brutto im Monat verdienen, etwa so viel wie Mitglieder des Deutschen Bundestags. Ihre Reisekosten und Ausgaben für Mitarbeiter werden dann nicht mehr durch eine großzügige Pauschale abgegolten, sondern nur noch gegen Quittungen und Belege erstattet. Darauf einigten sich jetzt Abgeordnetensprecher mit der Regierung von Luxemburg, dem Wortführer der 25 EU-Staaten. Das noch vertrauliche „Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments“ soll von den Staats- und Regierungschefs Mitte Juni abgesegnet werden. Bislang werden die Gehälter der EU-Volksvertreter von Land zu Land geregelt und fallen höchst unterschiedlich aus: Rund 11 000 Euro bekommen die Abgeordneten aus Italien, weniger als 1000 Euro erhalten dagegen die Vertreter der baltischen Staaten, kaum mehr die aus der Slowakei. Weil die



CHRISTIAN HARTMANN / SIPA PRESS

Europäisches Parlament in Straßburg

Akteure aber den Volkszorn fürchten, wenn die Einkommen der EU-Parlamentarier auf einen Schlag bis aufs Siebenfache erhöht werden, darf die Einführung der Einheitsgehälter in jenen Ländern, die das wollen, weitere acht Jahre aufgeschoben werden. Das kommt auch denen gerade recht, die bislang weit über dem Durchschnitt liegen, etwa den italienischen Abgeordneten. Sie können bis dahin ihre hohen Gehälter behalten.



ADAM CHELSTOWSKI / FORUM

Lech und Jaroslaw Kaczyński

POLEN

Zwillinge an die Macht

Im September wird das polnische Parlament, im Oktober der Staatspräsident gewählt – und bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Zwillingenbrüder Jaroslaw und Lech Kaczyński, 56, mit ihrer Partei „Recht und Gerechtigkeit“ aus beiden Urnengängen als Gewinner hervorgehen könnten. Lech, derzeit Bürgermeister Warschaws, liegt in Umfragen weit vor allen anderen Kandidaten für den Posten des Staatsoberhauptes. Sein Bruder übt nun scharfe Kritik an Russland. Vor den Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges über Hitler rügte er, Moskau habe die Polen oft „gedemütigt“. Solche Sprüche kommen an, denn zwischen Oder und Bug wird das Kriegsende weniger als „Befreiung“ verstanden denn als Ablösung der Nazi-Schreckensherrschaft durch die Sowjetdiktatur. Ansonsten sind die Brüder gegen die EU-Verfassung und wollen die Todesstrafe durch „Hängen oder Erschießen“ wieder einführen. Mit diesen Themen konnten sie bei rechten Nationalisten Stimmen fangen. Am Ende könnten Lech und Jaroslaw Kaczyński im Herbst Präsident und Premier werden – das dürfte auf internationalem Parkett zu einiger Verwirrung führen: Die eineiigen Zwillinge sind kaum auseinander zu halten.

USA

Zweite Chance

George W. Bush hat gerade die ersten hundert Tage seiner zweiten Amtszeit hinter sich, da beginnt schon das Schaulaufen unter den demokratischen Präsidentschaftsbewerbern. „Keine Ahnung“, so lautet die Standardantwort, wenn John Kerry, der Verlierer von 2004, nach seinen Plänen für 2008 befragt wird – doch für die Niederlage vermag der Senator bei sich keinen Fehler zu entdecken: „Bei allen Anliegen, die sich um Lebensqualität der Menschen drehen, haben wir gewonnen und werden weiter gewinnen.“ John Edwards, der Kerrys Vize hätte werden sollen, zieht zurück nach North Carolina und sondiert seine Chancen. Hillary Clinton, Lieblingskandidatin der Demokraten, bewegt sich bei Fragen wie Abtreibung und Homosexuellen-Ehe in die ideologische Mitte. Daneben pflegt sie ihre Rolle als fleißige Senatorin und weist Ambitionen weit von sich, was ihr niemand abnimmt. Selbst Newt Gingrich, einer der prominentesten Konservativen und bekennender Clinton-Verächter, lobt die Senatorin als „sehr smart“ und sieht sie als kommende Präsidentschaftskandidatin der Demokraten: „Wer bei den Republikanern glaubt, sie wäre 2008 leicht zu schlagen, unterschätzt die Clintons gründlich.“ Grund genug für die republikanischen Erzfeinde, zehn Millionen Dollar für eine Anti-Hillary-Kampagne („Stop her now!“) zu sammeln. Die Attacke soll im Herbst mit einem Buch des konservativen Autors Edward Klein beginnen: „Die Wahrheit über Hillary – Was sie wusste, wann sie es wusste und wie weit sie gehen wird, um Präsidentin zu werden.“



FACE TO FACE

Kerry, Clinton